



Niederschrift

15. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung

Sitzungstermin: Donnerstag, 18.02.2016
Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr
Sitzungsende: 20:15 Uhr
Ort, Raum: Raum 405, Hegelallee, Haus 1

Anwesend sind:

Ausschussmitglieder

Herr Ralf Jäkel	DIE LINKE	
Herr Marcus Krause	SPD	Vertretung für: Herrn Marcel Piest
		SPD
Herr Klaus Rietz	CDU/ANW	Leitung der Sitzung
Herr Andreas Walter	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Johannes Baron v. d. Osten gen. Sacken	FDP	ab 18:05

zusätzliches Mitglied

Frau Christine Anlauff	DIE aNDERE
------------------------	------------

stellv. Ausschussmitglieder

Herr Michél Berlin	DIE LINKE
Herr Franz Blaser	SPD

sachkundige Einwohner

Herr Hans Becker	CDU/ANW	
Frau Elke Lentz	SPD	ab 18:20
Herr Stefan Matz	DIE LINKE	
Frau Christel Pflug	Seniorenbeirat	
Herr Jan Wendt	DIE aNDERE	
Herr Holger Wolinski	SPD	
Herr Dr. Gert Zöllner	Bündnis 90/Die Grünen	

Beigeordneter

Herr Markus Beck	i. V. für den Beigeordneten GB 4
------------------	-------------------------------------

Oberbürgermeister, FB Bauaufsicht, Denkmalpflege, Umwelt und Natur
(Rücküberweisung)

- 3.2 Tempo 30 in der Pestalozzistraße
Vorlage: 16/SVV/0013
Fraktionen SPD, CDU/ANW, Bündnis 90/Grüne
SBV
- 3.3 Vereinbarung von Prioritäten für die Verbindliche Bauleitplanung,
hier: Prioritätenfestlegung 2016-2017
Vorlage: 16/SVV/0052
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
SBV (ff), OBR
- 3.4 Sanierungsgebiet "Potsdamer Mitte", Konkretisierung der Sanierungsziele im
Bereich Neuer Lustgarten im Ergebnis der Planungswerksatt und
Aufstellungsbeschluss Bebauungsplan SAN-P 14 "Lustgarten"
Vorlage: 16/SVV/0053
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
SBV, FA, HA
mit Äa Fraktion DIE LINKE
- 3.5 Sicherheit auf der Pappelallee
Vorlage: 16/SVV/0054
Fraktion CDU/ANW
SBV (ff)
- 3.6 Lichtmasterplan
Vorlage: 16/SVV/0062
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
SBV
- 3.7 Überprüfung der Abfallbehälter an Potsdamer Plätzen und Grünanlagen
Vorlage: 15/SVV/0308
Fraktion CDU/ANW
- 3.8 Handlungskonzept Papierkörbe einschl. Dog-Station
bezüglich DS Nr.: 15/SVV/0606, 14/SVV/0345, 14/SVV/0346, 14/SVV/1069
(Bürgerhaushalt 2015/16 Nr. 12 Punkte 1, 2 u. 5), 15/OBR/0001 (Fahrland) und
14/OBR/0126 (Marquardt)
Vorlage: 16/SVV/0036
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
(Mitteilungsvorlage)
- 3.9 Sicherung von Potsdams Kleingärten
Vorlage: 16/SVV/0038
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
(Mitteilungsvorlage)
- 4 Mitteilungen der Verwaltung

- 4.1 Information zur Feuerwehrstatistik 2015
Fachbereich Feuerwehr
- 4.2 Terminhinweis beim Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und
Landwirtschaft (MLUL) zum Luftreinhalteplan für die Landeshauptstadt Potsdam
(LHP) am 23.2.2016
- 5 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende, Herr Rietz, übernimmt den Ausschussvorsitz und eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 17.12.2015 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit mit 6 von 7 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

Gegen die Niederschrift der Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung vom 17.12.2015 gibt es keine Einwände; sie wird wie vorgelegt mit 5/0/1 bestätigt.

Zur Tagesordnung schlägt der Ausschussvorsitzende vor, den Tagesordnungspunkt 3.7 nach 3.8 zu behandeln. Weitere Änderungsvorschläge gibt es nicht. Der Ausschussvorsitzende stellt die Tagesordnung wie vorgeschlagen zur Abstimmung; sie wird einstimmig bestätigt.

Bezüglich der Ausschussbesetzung weist der Ausschussvorsitzende auf einen Wechsel bei den sachkundigen Einwohnern hin. Herr Tino Henning wird ab sofort für den ausgeschiedenen Herrn Benjamin Karl als sachkundiger Einwohner an den Ausschusssitzungen teilnehmen.

zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 3.1 Auslegungsbeschluss des Entwurfs der Potsdamer Baumschutzverordnung (PBaumSchV) Vorlage: 15/SVV/0675

Oberbürgermeister, FB Bauaufsicht, Denkmalpflege, Umwelt und Natur

(Rücküberweisung)

Herr Walter bringt den Änderungsantrag ein und erläutert ihn.

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der dem Beschluss zur Auslegung der PBaumSchV als Anlage 1 beigefügte Satzungsentwurf wird in folgenden Punkten geändert:

1. In § 2 Abs. 2 lit. c:
Bäume, die eine Abstand von weniger als **200 cm** zu zulässigen baulichen Anlagen, die der Wohnnutzung dienen, aufweisen
2. § 2 Abs. 2 lit. h wird wie folgt, gefasst:
Die untere Naturschutzbehörde kann Parkanlagen und ähnliche Einrichtungen, die unter geeigneter fachlicher Leitung stehen, auf Antrag von der Anwendung dieser Verordnung ausnehmen. Mit den Antragsunterlagen soll ein Pflegekonzept für den beantragten Bereich vorgelegt werden.
3. § 3 Abs. 2 lit. a erhält folgende Fassung:
Langsam wachsende Bäume gem. Anlage 1 mit einem Stammumfang von mehr als 30 cm, im Übrigen Bäume mit einem Stammumfang von mehr als 60 cm.
4. § 6 Abs. 3 lit. A werden die Worte
„einschließlich solcher sozialer und wirtschaftlicher Art“ gestrichen

Anlage 1: Lister der als langsam wachsende Gehölze geschützten Bäume:“

Bei den in der Anlage 1 aufgenommen Bäumen erhebe er keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Die Liste sei durchaus erweiterbar.

Herr Jäkel bittet um Einzelabstimmung der in dem Änderungsantrag aufgeführten Punkte und weist zum Punkt 3 darauf hin, dass man sich in der Sitzung am 17.12.2015 bereits auf einen Stammumfang von mindestens 45 cm geeinigt hat. Er bittet dies bei der hiesigen Abstimmung mit aufzunehmen.

Herr Becker geht nochmals auf seine Aussage in der Sitzung vom 17.12.2015 bezüglich des Stammumfanges ein, in der er sich gegen einen Stammumfang von 30 cm ausspricht. Er beklagt zudem die Übergehung des Ortsbeirates, der dem Antrag der Verwaltung entsprechend bisher nur über die Auslegung des Entwurfes der Baumschutzverordnung befunden und nicht wie in den Ausschüssen der Stadtverordnetenversammlung um inhaltliche Dinge verhandelt hat.

Herr Wendt hingegen hält einen 30 cm-Stammumfang für angemessen.

Herr von Osten-Sacken weist auf die bereits lange geführte Diskussion über die Baumschutzverordnung hin; er verweist darauf, dass er die derzeitige Satzung für

nichtig erachte. Für problematisch hält er des Weiteren restriktive Regelungen, wenn durch die Verwaltung Genehmigungsanträge dazu in der Hauptsache positiv beschieden würden. Wenn die Genehmigung von Anträgen die Regel sei, bezweifle er einen wirklichen Baumschutz durch solche Regelungen. Er spricht sich gegen eine Änderung der bestehenden Verwaltungsvorlage zur Baumschutzverordnung aus.

Herr Krause hält die Vorlage der Verwaltung für rechtlich substantiiert und stimmig. Es sei wichtig, von vornherein auf rechtlichen Bestand zu achten, um nach Beschluss der Verordnung die Diskussion unter Umständen wegen rechtlicher Mängel nicht erneut führen zu müssen. Letztendlich ginge es hier auch erst einmal nur um die Auslegung des Entwurfes der Baumschutzverordnung.

Die im Punkt 1 des Änderungsantrages geforderten 200 cm Abstand hält er für willkürlich. Die von der Verwaltung geforderten 300 cm hingegen seien rechtlich gesichert. Die in Punkt 2 beantragte Änderung zu den Parkanlagen hält er für nicht durchsetzbar. Der Begriff „langsam wachsende Bäume“ sei relativ und lasse sich nicht eindeutig definieren. Er erachtet den in Rede stehenden Änderungsantrag als rechtlich angreifbar und drängt auf Gerichtsfestigkeit.

Herr Schmäh (Bereich Umwelt und Natur) macht noch einmal deutlich, dass hier zunächst einmal nur die Auslegung des Verordnungsentwurfes beschieden werden soll. Auch er teilt die rechtlichen Bedenken bei dem Begriff der langsam wachsenden Bäume. Die in Punkt 4 des Änderungsantrages geforderte Streichung sei rechtlich nicht haltbar, da sie eins zu eins aus dem Bundesnaturschutzgesetz übernommen worden sei. Dieses stehe als Bundesgesetz über der Baumschutzverordnung und sei auch dann anzuwenden, wenn in der Verordnung etwas anderes festgelegt worden sei.

Herr Blaser erkundigt sich nach dem Abstimmungsprocedere.

Herr Walter bestätigt, dass die bisherigen Änderungsanträge der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zur Vorlage 15/SVV/0675 mit diesem Antrag nichtig sind. So auch die entsprechenden Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung vom 17.12.2015. Die Abstimmung erfolge auf der Grundlage der Originalvorlage der Verwaltung. Den Punkt 4 des Änderungsantrages „§ 6 Abs. 3 lit. a werden die Worte ‚einschließlich solcher sozialer und wirtschaftlicher Art‘ gestrichen.“ zieht er wegen der rechtlichen Unzulässigkeit zurück.

Der Ausschussvorsitzende stellt den so geänderten Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zur Abstimmung und lässt über jeden aufgeführten Punkt gesondert befinden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der dem Beschluss zur Auslegung der PBaumSchV als Anlage 1 beigefügte Satzungsentwurf wird in folgenden Punkten geändert:

1. In § 2 Abs. 2 lit. c:
Bäume, die eine Abstand von weniger als **200 cm** zu zulässigen baulichen Anlagen, die der Wohnnutzung dienen, aufweisen

Abstimmungsergebnis:

mit 3:4:0 **abgelehnt**.

2. § 2 As. 2 lit. h wird wie folgt, gefasst:

Die untere Naturschutzbehörde kann Parkanlagen und ähnliche Einrichtungen, die unter geeigneter fachlicher Leitung stehen, auf Antrag von der Anwendung dieser Verordnung ausnehmen. Mit den Antragsunterlagen soll ein Pflegekonzept für den beantragten Bereich vorgelegt werden.

Abstimmungsergebnis:

mit 3:4:0 **abgelehnt**.

3. § 3 Abs. 2 lit. a erhält folgende Fassung:

Langsam wachsende Bäume gem. Anlage 1 mit einem Stammumfang von mehr als 30 cm, im Übrigen Bäume mit einem Stammumfang von mehr als 60 cm.

Abstimmungsergebnis:

mit 2:4:1 **abgelehnt**.

Somit ist der Änderungsantrag insgesamt abgelehnt.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Änderungsantrag von Herrn Jäkel zum Punkt 3 des Änderungsantrages zur Abstimmung.

- § 3 Abs. 2 lit. a erhält folgende Fassung:

~~Langsam wachsende Bäume gem. Anlage 1 mit einem Stammumfang von mehr als 30~~**45cm**,

Abstimmungsergebnis:

mit 3:4:0 **abgelehnt**.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage DS 15/SVV/0675 zur Abstimmung.

Der in der Sitzung des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung vom 17.12.2015 beschlossene Ergänzungsantrag der Fraktion BürgerBündnis/FDP bleibt dabei unberührt (Anm. der Protokollantin).

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Den Trägern öffentlicher Belange wird nach § 9 Abs. 1 Brandenburgisches

Naturschutzausführungsgesetz (BbgNatSchAG) Gelegenheit zur Stellungnahme zum Entwurf der PBAumSchV gegeben.

Der im folgenden Punkt geänderte Entwurf wird nach § 9 Abs. 2 BbgNatSchAG öffentlich ausgelegt.

In § 7 Ersatzpflanzungen, Ausgleichzahlungen – wird der Absatz 2 nach dem Punkt b) um den Satz ergänzt: **Die entsprechenden Baumarten und – sorten sind der dieser Verordnung beigefügten Baumliste (sh. Anlage) zu entnehmen.**

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	4
Ablehnung:	2
Stimmhaltung:	1

zu 3.2 Tempo 30 in der Pestalozzistraße

Vorlage: 16/SVV/0013

Fraktionen SPD, CDU/ANW, Bündnis 90/Grüne
SBV

Herr Schenke (Bereich Verwaltung/ Finanzmanagement) bestätigt für die Verwaltung die Realisierbarkeit eines solchen Auftrags.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, ob die Pestalozzistraße in Babelsberg als Tempo30-Zone ausgewiesen werden kann. Weiterhin soll eine verbesserte Querung an der Kreuzung Pestalozzi / Paul-Neumann / Rosenstraße geprüft werden. Bei positivem Prüfergebnis sollen die Maßnahmen zeitnah umgesetzt werden. Der Stadtverordnetenversammlung ist im April 2016 zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	0
Stimmhaltung:	2

zu 3.3 Vereinbarung von Prioritäten für die Verbindliche Bauleitplanung, hier: Prioritätenfestlegung 2016-2017

Vorlage: 16/SVV/0052

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
SBV (ff), OBR

Frau Holtkamp (Verbindliche Bauleitplanung) bringt die Vorlage ein und weist darauf hin, dass sie derzeit in den Ortsbeiräten und am 8.3.2016 federführend im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr behandelt wird. Anhand der Prioritätenliste erläutert sie die Vorlage.

Herr Krause hat Anmerkungen zu den B-Plänen Nr. 146 (Nordwestseite Jungfernsee/Nördliche Parkanlage Villa Jacobs), Nr. 147 (Anbindung Golm/Golmer Chaussee) und Nr. 74 (Amundsenstraße/Kirschallee, verbleibende Teilbereiche). Hier solle jeweils eine Prioritätenumstufung vorgenommen werden. Der B-Plan Nr. 147 solle von der derzeitigen Kategorie 1 umgestuft werden. Bezüglich des B-Plans Nr. 146 sei die Einstufung nochmals zu überprüfen. Für den B-Plan Nr. 74 schlägt er eine Umstufung von Priorität 3 auf 2 I vor und bittet darum, seine Vorschläge ins Protokoll aufzunehmen.

Herr Wolfram (Bereich Stadtentwicklung) weist zum B-Plan Nr. 74 darauf hin, dass dieser gegenwärtig Thema in der Kleingartenkommission sei und eine Umstufung aktuell nicht notwendig.

Frau Holtkamp geht auf die Einwände von Herrn Krause ein. Sie begründet, warum der B-Plan Nr. 147 in der Kategorie 1 verbleiben müsse. Die Überprüfung der Einstufung des B-Planes Nr. 146 sowie den Vorschlag der Umstufung des B-Planes Nr. 74 von Priorität 3 auf die Kategorie 2 I nimmt die Verwaltung auf.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Prioritäten im Bereich Verbindliche Bauleitplanung für die Jahre 2016 bis 2017 gemäß der in Anlage 2 dargestellten Kurzübersicht auf Grundlage der im Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 07.03.2001 zur Vereinbarung von Prioritäten für die Verbindliche Bauleitplanung (DS 01/SVV/059/2) getroffenen Festlegungen und dazu nachfolgender Beschlüsse.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

- zu 3.4 Sanierungsgebiet "Potsdamer Mitte", Konkretisierung der Sanierungsziele im Bereich Neuer Lustgarten im Ergebnis der Planungswerksatt und Aufstellungsbeschluss Bebauungsplan SAN-P 14 "Lustgarten"**
Vorlage: 16/SVV/0053
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
SBV, FA, HA
mit Äa Fraktion DIE LINKE

Frau Rabbe (ProPotsdam für Sanierungsträger) bringt die Vorlage ein und erläutert anhand einer PowerPoint Präsentation die Eckdaten zur Beteiligung, die Finanzierung sowie anstehende Prüfaufgaben.

Herr Jäkel kritisiert im Hinblick auf die Bürgerbeteiligung, dass Hinweise der Bürgerschaft hinsichtlich des Hotels Mercure ignoriert worden seien. Die Mehrheit hätte sich, ganz im Gegensatz, wie in der Präsentation dargestellt, für den Erhalt des Hotels ausgesprochen. Trotzdem sei das Planungsziel der Verwaltung eine Gestaltung des Lustgartens ohne das Mercure. Auch die Ausweisung des Platzes als Erholungsgebiet stellt er aufgrund der starkbefahrenen Kreuzung vehement infrage. Ein Abriss hätte den Verlust des durch das Hotel geschaffenen Lärmschutzes zur Folge und sei zudem wirtschaftlich unsinnig. Er fordert, ohne vorherige Prüfung, sollen keine finanziellen Mittel für den Abriss zur Verfügung gestellt werden.

Er bringt den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE ein, erläutert ihn und wirbt für Zustimmung.

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Beschlusstext erhält folgende Fassung:

1. Vor weiteren Aktivitäten zur Änderung der Sanierungsziele für den Lustgarten wird eine Bürgerbefragung durchgeführt über einen möglichen Erwerb und Abriss des Hotels "Mercure" durch die Landeshauptstadt Potsdam.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen für den Erwerb des Hotels "Mercure" zu prüfen. Das Ergebnis ist der Stadtverordnetenversammlung im April 2016 vorzulegen.“

Herr Wendt unterstützt den Änderungsantrag und hat eine Nachfrage an den Sanierungsträger zur Finanzierung des Hotelabrisses.

Herr Goetzmann (Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung) betont, dass es hier nicht um einen kurzfristigen Hotelabriss gehe, sondern um längerfristige Sanierungsziele. Hier müssten die verschiedensten Punkte durchdacht werden. Der Änderungsantrag sei hier zu kurz gefasst, er betrachte die meisten Teilbereiche gar nicht. Mit dieser Vorlage sollen keine Sanierungsziele festgeschrieben, sondern vorbehaltlich der Finanzierbarkeit Sanierungsziele auf lange Sicht realisierbar gemacht werden.

Herr Berlin hält die Finanzierbarkeit für nicht gegeben. Er fragt, wo die Gelder für ein solch enormes Projekt herkommen sollen. Das sei ein Punkt, der in den Ausführungen der Verwaltung noch nicht ausreichend dargestellt sei. Auch er sieht zudem den Bürgerwillen nicht ausreichend gewürdigt.

Herr Goetzmann gibt an, der Bürgerwille sei den sieben Planungsbüros bekannt gewesen. Auf dieser Grundlage hätten sie ohne das Mercure geplant. Man habe als Verwaltung davon abgesehen, den Planern die Einreichung von Entwürfen mit Hotel vorzuschreiben. Er weist noch einmal darauf hin, dass es natürlich auch

Bürgerinnen und Bürger gab, die gegen den Erhalt des Hotels votierten.

Herr Jäkel geht auf die Kritik der Verwaltung, der Änderungsantrag sei zu einseitig gefasst, ein. Beantragt sei lediglich, „vor weiteren Aktivitäten“ nochmals eine Prüfung der Situation stattfinden zu lassen. Das bedeute in keinem Fall, dass der Fraktion hier nicht explizit erwähnte Teilbereiche egal seien. Er empfinde es als Mangel, dass es keine Entwürfe mit Mercure gebe. Es solle die Bürgerbefragung abgewartet werden, um sich dann auf Sanierungsziele festlegen zu können.

Auf Nachfrage von Frau Anlauff, wie der Auftrag an die Planungsbüros im Einzelnen ausgesehen habe, erläutert Frau Rabbe, dass es keine konkreten Vorgaben zum Erhalt oder Nichterhalt gegeben habe. Eine offene Aufgabenstellung sei hier wesentlich gewesen. Sie betont, dass seitens der Planungsbüros ein intensiver fachlicher Diskurs um die planerischen Ziele stattgefunden habe und die Ergebnisse dezidiert begründet worden seien. Zum Schluss macht sie auf die Anonymisierung der Beteiligung aufmerksam, die die Benennung tatsächlicher Zahlen erschwere, wenn nicht gar unmöglich mache.

Herr Krause stellt den Antrag zur Geschäftsordnung auf Beendigung der Rednerliste. Gelegenheit zur vertiefenden Diskussion gäbe es noch im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Geschäftsordnungsantrag zur Abstimmung, der mit 4:2:1 angenommen wird.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Beschlusstext erhält folgende Fassung:

1. Vor weiteren Aktivitäten zur Änderung der Sanierungsziele für den Lustgarten wird eine Bürgerbefragung durchgeführt über einen möglichen Erwerb und Abriss des Hotels "Mercure" durch die Landeshauptstadt Potsdam.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen für den Erwerb des Hotels "Mercure" zu prüfen. Das Ergebnis ist der Stadtverordnetenversammlung im April 2016 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:
mit 2:5:0 **abgelehnt**.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage 16/SVV/0053 zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Sanierungsziele für den Bereich Lustgarten/Hafen werden auf der Grundlage der Ergebnisse der laut Beschlussfassung der Stadtverordnetenversammlung vom 06.11.2013 (DS 13/SVV/0249) durchgeführten internationalen und interdisziplinären Planungswerkstatt Lustgarten gemäß des in **Anlage 2** dargestellten Masterplans unter Finanzierungsvorbehalt konkretisiert.
2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Szenarien über die möglichen finanziellen Auswirkungen der Umsetzung dieser unter Finanzierungsvorbehalt gestellten Sanierungsziele zu entwickeln. Dabei soll eine phasenweise Umsetzung des Masterplans berücksichtigt werden, in deren letztem Schritt die Herstellung der "Wiese des Volkes" anstelle des Hotelhochhauses vorgesehen ist.
3. Auf dieser Grundlage ist der Stadtverordnetenversammlung spätestens vier Monate nach Beschlussfassung ein Finanzierungskonzept der Umsetzung des Masterplans als Grundlage der abschließenden Festsetzung der Konkretisierung der Sanierungsziele für den Bereich Lustgarten/Hafen vorzulegen.
4. Zur planungsrechtlichen Sicherung der Umsetzung der konkretisierten Sanierungsziele ist der Bebauungsplan SAN-P 14 "Lustgarten" gemäß § 2 Abs. 1 BauGB aufzustellen (**gemäß Anlage 3**).

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	5
Ablehnung:	2
Stimmenthaltung:	0

zu 3.5 Sicherheit auf der Pappelallee

Vorlage: 16/SVV/0054

Fraktion CDU/ANW

SBV (ff)

Herr Rietz bringt den Antrag mit der Ergänzung, die Kreuzung Pappelallee/ Ruinenbergstraße/ August Bonnes Straße in die Prüfung mit einzubeziehen, ein und erläutert ihn. An genannter Kreuzung werde laut Anwohnerberichten die Fußgängerampel regelmäßig bei Rot überfahren, was eine erhebliche Gefährdung der Passanten bedeute.

Herr Schenke (Bereich Verwaltung/ Finanzmanagement) berichtet, dass die kleinteiligen Maßnahmen bereits umgesetzt sind, nur der Umbau der Pappelallee noch nicht.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag mit der Ergänzung zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, für die Umsetzung der Ergebnisse der Sicherheitsuntersuchung für die Pappelallee im Jahre 2014 eine Prioritätenliste sowie einen Zeitplan zu erstellen **und dabei auch die Fußgängerampel an der Kreuzung zur Ruinenbergstraße/ August Bonnes Straße miteinzubeziehen**. Das Ergebnis ist bis zum Ende des 3. Quartals 2016 vorzustellen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen**.

zu 3.6 Lichtmasterplan
Vorlage: 16/SVV/0062
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
SBV

Herr Walter bringt den Antrag ein und begründet ihn. Er schlägt vor, diese Sitzung als erste Lesung zu betrachten und über den Antrag in der nächsten Sitzung zu befinden. Er werde den Mitgliedern den Generalbeleuchtungsplan von 1994 (mit der Erweiterung um die Ortsteile von 2005), der diesem Protokoll als Anlage beigefügt ist, zur Verfügung stellen, um sich detailliert mit dem Thema auseinandersetzen zu können.

Herr Jäkel bittet im gleichen Zuge um Herreichung einer entsprechenden Stellungnahme der Verwaltung, ebenfalls in Vorbereitung auf die nächste Sitzung.

Herr Rietz erkundigt sich nach den Kosten und stellt die Frage, ob hier die Umwandlung in einen Prüfauftrag denkbar wäre.

Herr Goetzmann (Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung) gibt in Bezug auf die Kostenfrage zu bedenken, sich darüber klar zu werden, wo man langfristig hin wolle. Es gebe durchaus Positivbeispiele, wie die Partnerstadt Potsdams, Jyväskylä, wo eine Refinanzierung durch eine Beleuchtungsumstellung möglich war und zu dem noch Strom eingespart werden konnte. Mit der Umsetzung des Masterplans sehe es da schon schwieriger aus. Der Aufwand sei immens, auch in finanzieller Hinsicht.

Herr Walter weist darauf hin, dass sich mit der richtigen Beleuchtung auch Energie und CO₂ einsparen ließen und benennt Luzern und Flensburg als positive Vorbilder. Der hiesige Antrag ziele entsprechend auf Langfristigkeit ab.

Der Antrag wird abschließend in der März-Sitzung des Ausschusses für Klima,

Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung behandelt.

**zu 3.8 Handlungskonzept Papierkörbe einschl. Dog-Station
bezüglich DS Nr.: 15/SVV/0606, 14/SVV/0345, 14/SVV/0346, 14/SVV/1069
(Bürgerhaushalt 2015/16 Nr. 12 Punkte 1, 2 u. 5), 15/OBR/0001 (Fahrland)
und 14/OBR/0126 (Marquardt)**

Vorlage: 16/SVV/0036

Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
(Mitteilungsvorlage)

Herr Schenke (Bereich Verwaltung/ Finanzmanagement) geht auf die Mitteilungsvorlage ein und erläutert den Sachstand. Er stellt in Aussicht, im Oktober 2016 darüber berichten zu können, ob die Umsetzungen erfolgreich waren oder nicht.

Herr Jäkel erkundigt sich, wie und wann eine Zusammenführung der Aufgaben bei der Stadtentsorgung Potsdam GmbH (STEP) gelinge.

Herr Schenke erklärt, dass die STEP beauftragt ist, alle öffentlichen Papierkörbe zu leeren, was diese im Zuge der Haltestellenreinigung mit erledigen würde.

Herr Blaser möchte wissen, inwieweit das Handlungskonzept (Konzept zur bedarfsgerechten Papierkorbentsorgung in der Landeshauptstadt Potsdam) ergänzungsfähig ist und um weitere Papierkörbe erweitert werden könne.

Herr Schenke gibt an, Erweiterungen seien selbstverständlich jederzeit möglich.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung nimmt die Mitteilungsvorlage 16/SVV/0036 zur Kenntnis.

zu 3.7 Überprüfung der Abfallbehälter an Potsdamer Plätzen und Grünanlagen

Vorlage: 15/SVV/0308

Fraktion CDU/ANW

Herr Rietz bringt den Antrag mit der Änderung des Berichtstermins auf Oktober 2016 ein und weist darauf hin, dass bei dem Antrag mit Bezug auf den zuvor behandelten TOP 3.8 lediglich noch die Berichterstattung offen sei.

Mit diesem Hinweis und der vorgeschlagenen Terminänderung stellt der Ausschussvorsitzende den Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zu prüfen ob an Potsdamer Plätzen und Grünanlagen die Abfallbehälter (Mülleimer) optimal verteilt sind. Mögliche Optimierungen (Änderung der Anordnung oder die Vergrößerung der Abfallbehälter) sind durch den zuständigen Fachbereich schnellstmöglich vorzunehmen und den Stadtverordneten im ~~Juni 2015~~**Oktober 2016** über eingeleitete Veränderungen zu berichten.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 3.9 Sicherung von Potsdams Kleingärten

Vorlage: 16/SVV/0038

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
(Mitteilungsvorlage)

Herr Wolfram (Bereich Stadtentwicklung) erläutert die Mitteilungsvorlage und weist darauf hin, dass diese kurz gehalten sei, da sich die Kleingartenkommission detailliert mit diesem Thema auseinandergesetzt habe, mit positivem Ergebnis. So seien 98 Prozent der Potsdamer Kleingartenflächen sicher. Für lediglich 2 Prozent bestehe ein Risiko zur Umwandlung in Bauflächen.

Herr Jäkel unterstreicht nochmals das positive Ergebnis; Tenor sollte aber ebenfalls sein, auch nach einer Sicherung für die übrigen 2 Prozent zu suchen.

Der Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung nimmt die Mitteilungsvorlage 16/SVV/0038 zur Kenntnis.

zu 4 Mitteilungen der Verwaltung

zu 4.1 Information zur Feuerwehrstatistik 2015

Fachbereich Feuerwehr

Herr Hülsebeck (Fachbereich Feuerwehr) berichtet über die Aktivitäten der Feuerwehr im vergangenen Jahr anhand einer PowerPoint Präsentation.

Bezogen auf den Brand in einem Wohnhaus am Schlaatz, wo es zu einer Gefährdung durch eine immense Rauchentwicklung gekommen war, erkundigt sich Herr Jäkel, ob im Nachhinein Ratschläge zur Gefährdungseindämmung gegeben werden konnten.

Herr Beck teilt mit, dass die Gefahr durch eine solche Rauchentwicklung bei sanierten Objekten nicht mehr bestehe.

zu 4.2 Terminhinweis beim Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft (MLUL) zum Luftreinhalteplan für die Landeshauptstadt Potsdam (LHP) am 23.2.2016

Herr Beck informiert über den Termin beim MLUL zum Luftreinhalteplan für die LHP am 23.2.2016. Ab 18:00 Uhr wird in der Henning-von-Tresckow-Straße 2-12 der Entwurf für die zweite Fortschreibung des Luftreinhalteplans für Potsdam vorgestellt. Eine verwaltungsseitige Pressemitteilung dazu soll am 19.2.2016 erfolgen.

zu 5 Sonstiges

Nichts.

Klaus Rietz
Stellv. Ausschussvorsitzender

Franziska Anhoff
Niederschrift